

Stadtverordnetenbüro
Auskunft erteilt: Frau Benz
Berliner Platz 1, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1023
Telefax: 0641 306-2033
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 07.07.2009

N i e d e r s c h r i f t

der 20. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familie, Jugend und Sport
am Mittwoch, dem 17.06.2009,
im Stadtverordnetensitzungssaal, Stadthaus, Berliner Platz 1, 35390 Gießen.
Sitzungsdauer: 19:00 - 20:38 Uhr

Anwesend:

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Herr Jürgen Becker
Herr Prof. Dr. Klaus Kramer
Herr Dieter Kräske
Frau Julia-Christina Sator
Herr Carsten Zörb

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Frau Inge Bietz
Frau Eva Janzen
Frau Hannelore Kraushaar-Hoffmann
Herr Peter Sommer

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Klaus-Dieter Grothe
Frau Edith Nürnberger

Stadtverordnete der FDP-Fraktion:

Herr Dr. Klaus Dieter Greilich **Ausschussvorsitzender**

Stadtverordnete der Die Linke.Fraktion:

Herr Michael Beltz

Außerdem:

Frau Dr. Bettina Speiser Fraktion B'90/Die Grünen

Vom Magistrat:

| | |
|----------------------------|-------------------|
| Herr Heinz-Peter Haumann | Oberbürgermeister |
| Frau Gerda Weigel-Greilich | Bürgermeisterin |

Gäste/Sachverständige:

| | |
|--------------------------|--|
| Frau Berit Hartmann | Diakonisches Werk Gießen |
| Herr Dr. Bernd Hündersen | Geschäftsführer Suchthilfezentrum Gießen |
| Herr Christian Garden | Arbeiterwohlfahrt Gießen |
| Herr Holger Claes | Geschäftsführer Diakonisches Werk Gießen |

Entschuldigt:

| | |
|---------------------------|--------------|
| Herr Jörg Schreiber | CDU-Fraktion |
| Herr Frank Walter Schmidt | SPD-Fraktion |

Vorsitzender Dr. Greilich eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung und die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben. Somit ist die Tagesordnung in der vorliegenden Form beschlossen.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde
2. Vorstellung der präventiven Arbeit mit der Trinkerszene
3. Sozialstrukturatlas für Gießen STV/2435/2009
- Antrag der DIE LINKE.Fraktion vom 09.06.2009 -
4. Verschiedenes

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

2. Vorstellung der präventiven Arbeit mit der Trinkerszene

Frau Hartmann, Diakonisches Werk Gießen, erläutert anhand einer Power-Point Präsentation Zahlen und Erkenntnisse, die sie in den ersten Monaten ihrer Tätigkeit als Straßensozialarbeiterin in der Trinkerszene gesammelt hat. *(Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.)*

Frau Hartmann führt aus, Ihre Aufgabe sei es Orte, Personen und Bedarfe zu erkunden. Auf Basis dieser Informationen wollen Stadt und Träger entscheiden, ob ein weiteres Angebot für die Menschen nötig ist, die sich auf der Straße treffen. Sie habe bisher die Daten von 29 Personen erfasst.

80 % der Menschen die sich an unterschiedlichsten Plätzen in der Innenstadt treffen und dort trinken haben einen festen Wohnsitz. 80% seien männlich und fast alle alleinstehend. Der größte Teil sei seit langem erwerbslos und beziehe häufig ALG II. 10% seien berufstätig. Ein Großteil der Personen die in der Sozialdatenerhebung erfasst wurden seien zwischen 46 und 55 Jahre alt, haben eine oder mehrere Ausbildungen - meist im Handwerk - und fühlen sich für den Arbeitsmarkt zu alt und nicht mehr vermittelbar. Die Drogen- und Trinkerszene halte sich die Waage.

Für den Bereich am Kirchenplatz zeige die Ordnungspolitik bereits Wirkung. Seit dem es dort häufig zu Kontrollen durch die Polizei gekommen ist, seien dort kaum noch Gruppen zu sehen.

In der folgenden Aussprache wird u. a. von **Stv. Bietz**, SPD-Fraktion, die auf 28 Jahre festgesetzte Altersgrenze kritisiert. Personen die unter 28 Jahren alt sind, fallen nicht in den Aufgabenbereich von Frau Hartmann, sondern in den des Jugendamtes. Aus diesem Grund werden auch keine Informationen über diese Personen erfasst.

Stv. Grothe, Bündnis 90/Die Grünen, vertritt die Auffassung, man solle es vermeiden Frau Hartmann zusätzliche Aufgaben aufzubürden, in dem man den Personenkreis ausweite.

Herr Claes, Diakonisches Werk Gießen, erläutert, es gebe eine enge Zusammenarbeit mit dem Jugendamt. Unter anderem sei Frau Hartmann auch schon gemeinsam mit Mitarbeitern des Jugendamtes auf der Straße gewesen. Er sagt zu, dass man bei der Auswertung der gesammelten Informationen die unter 28-jährigen nicht ausklammern werde.

Auf Nachfrage von **Stv. Bietz** zum weiteren Ablauf erklärt Herr **Dr. Hündersen**, Suchthilfezentrum Gießen, im Moment befinde man sich noch in der Erhebungs-

phase. Erst anhand der gesicherten Datenlage könne man über neue und erweiterte Angebote diskutieren.

Oberbürgermeister Haumann teilt mit, im September 2009 solle dem Ausschuss ein zweiter Bericht vorgelegt werden. Im Anschluss daran könne man weitere Schritte qualifiziert und überlegt umsetzen

Vorsitzender Greilich bedankt sich bei Frau Hartmann für die Präsentation und sagt zu, den Bericht im September erneut auf die Tagesordnung des Ausschusses für Soziales, Familie, Jugend und Sport zu nehmen.

3. **Sozialstrukturatlas für Gießen** **STV/2435/2009** **- Antrag der DIE LINKE.Fraktion vom 09.06.2009 -**

Antrag:

„Der Magistrat möge in der nächsten Stadtverordnetenversammlung berichten:

Welche konkreten politischen Handlungsansätze leitet der Magistrat aus den empirischen Ergebnissen des jüngst vorgelegten Sozialstrukturatlas für Gießen ab?

Dabei möge der Magistrat auch den Fragen nachgehen,

- a) wie der Problematik der beschriebenen Zunahme von Übergewicht und Karies bei Kindern aus Sicht des Magistrats zu begegnen ist?
- b) wie der Status quo an Präventionsangeboten bzw. Maßnahmen aussieht und wie diese vom Magistrat beurteilt werden?
- c) wie dem beschriebene Bedarf an Schuldnerberatung in ‚belasteten Stadtteilen‘ - auch personell - nachgekommen werden kann?
- d) wie der Magistrat, mit welchen Konzepten, Segregationsprozessen in bestimmten Stadtteilen entgegenwirken will?
- e) ob und wenn ja, welchen Bedarf der Magistrat in Bezug auf die Verbesserung der sozialen Infrastruktur in welchen Stadtteilen sieht?
- f) ob der Magistrat beschäftigungspolitische Maßnahmen in ‚belasteten Stadtteilen‘ ergreifen möchte oder für notwendig erachtet und wenn ja, welche?
- g) welche Maßnahmen im bildungspolitischen Bereich von Seiten des Magistrats präferiert werden, um in den betroffenen Stadtteilen, z. B. die Anteile der Oberstufenschüler/innen pro Jahrgang zu erhöhen?

Darüber hinaus möge der Magistrat darlegen, welche Handlungsnotwendigkeiten er im Hinblick auf die Verbesserung der lokalen Daten bzw. Datenlage im Bezug auf die sozialwissenschaftliche Analyse der sozialen Lage der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Gießen?“

Stv. Bietz, SPD-Fraktion erklärt, ihre Fraktion unterstütze die Intention des Antrages. Die im Antragstext enthaltenen Fragen halte sie allerdings für zu beliebig und schlage daher vor, diese aus dem Antrag zu streichen. Die im

Antrag gesetzte Frist bis zur nächsten Stadtverordnetensitzung, sei nicht umsetzbar. Sie halte einen Termin frühestens nach der Sommerpause für möglich. Außerdem sollte in dem Bericht erwähnt werden, welche Gremien beteiligt werden.

Nach kurzer Diskussion, an der sich die Stadtverordneten **Grothe, Becker** und **Sator** beteiligen, herrscht Einvernehmen unter den Ausschussmitgliedern, den Antrag zwar zu unterstützen, die Fragen a - g aber außen vor zu lassen.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich regt an, die Fragen a - g- als Begründung des Antrages aufzuführen. Sie halte sie zur Orientierung für die Ämter für sinnvoll.

Stv. Sator, CDU-Fraktion, formuliert daraufhin folgenden Änderungsantrag:

„Der Magistrat möge berichten: Welche konkreten politischen Handlungsansätze leitet der Magistrat aus den empirischen Ergebnissen des jüngst vorgelegten Sozialstrukturatlas für Gießen ab?“

Begründung:

Dabei möge der Magistrat unter anderem und insbesondere auch den Fragen nachgehen,

- a. wie der Problematik der beschriebenen Zunahme von Übergewicht und Karies bei Kindern aus Sicht des Magistrats zu begegnen ist?*
- b. wie der Status quo an Präventionsangeboten bzw. Maßnahmen aussieht und wie diese vom Magistrat beurteilt werden?*
- c. wie dem beschriebene Bedarf an Schuldnerberatung in „belasteten Stadtteilen“ - auch personell - nachgekommen werden kann?*
- d. wie der Magistrat, mit welchen Konzepten, Segregationsprozessen in bestimmten Stadtteilen entgegenwirken will?*
- e. ob und wenn ja, welchen Bedarf der Magistrat in Bezug auf die Verbesserung der sozialen Infrastruktur in welchen Stadtteilen sieht?*
- f. ob der Magistrat beschäftigungspolitische Maßnahmen in „belasteten Stadtteilen“ ergreifen möchte oder für notwendig erachtet und wenn ja, welche?*
- g. welche Maßnahmen im bildungspolitischen Bereich von Seiten des Magistrats präferiert werden, um in den betroffenen Stadtteilen, z.B. die Anteile der OberstufenschülerInnen pro Jahrgang zu erhöhen?*
- h. Darüber hinaus möge der Magistrat darlegen, welche Handlungsnotwendigkeiten er im Hinblick auf die Verbesserung der lokalen Daten bzw. Datenlage im Bezug auf die sozialwissenschaftliche Analyse der sozialen Lage der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Gießen sieht.“*

Stv. Beltz, Die Linke.Fraktion erklärt, er müsse die vorgeschlagenen Änderungen erst mit seiner Fraktion abstimmen. Er bittet heute über den bestehenden Antrag abzustimmen. Die Linke.Fraktion werden dann ggf. zur Stadtverordnetensitzung den Antrag entsprechend ändern.

Beratungsergebnis:

- Dem Änderungsantrag wird einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP/SPD; StE: LINKE).
- Die Vorlage STV/2435/2009 wird einstimmig abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP/SPD; StE: LINKE).

4. **Verschiedenes**

- **Stv. Bietz**, SPD-Fraktion, führt aus während der letzten Sitzung des Seniorenbeirates wurde in Bezug auf den zu erstellenden Altenhilfeplan berichtet, dass die Zahlen der Datenanalyse des Landkreises bezüglich der ambulanten und stationären Versorgung in Stadt und Landkreis jetzt vorliegen. Da der Landkreis die Aussage getroffen habe, er könne den weiteren Anforderungen nicht genügen, sei die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Landkreis damit beendet. Sie möchte von Oberbürgermeister Haumann wissen, ob es schon Überlegungen gebe, wie weiter verfahren werden solle.

Oberbürgermeister Haumann erklärt, der Landkreis sehe sich tatsächlich nicht in der Lage, weitere Daten zu erheben. Die vorgelegten Zahlen seien schlicht eine Enttäuschung. Man könne aber alternativ durchaus auf das Datengerüst der Erhebung des Sozialstrukturatlas von Frau Prof. Meier Gräwe aufbauen. Er halte es für möglich, einen kleinen Werkvertrag mit der Universität abzuschließen und auf dem aktuellen Datenmaterial des Sozialstrukturatlases aufzubauen. Es müssten die Daten die zur Erstellung eines Altenhilfeplanes benötigt werden mit einfließen. Es haben bereits Vorgespräche mit der Universität stattgefunden und er erwarte in den nächsten Tagen ein Angebot.

Eventuell könne das Ganze auch in Absprache mit der Stadt Wetzlar über die AG Gießen-Wetzlar erfolgen. Es sei der Wunsch von Frau Prof. Dr. Meier Gräwe gewesen, vergleichbare Daten aufzubauen.

- **Oberbürgermeister Haumann** erklärt, in der letzten Sitzung des Sozialausschusses sei es zu einem Missverständnis gekommen als Frau Sator berichtete, der Ausschuss solle einen Vertreter für den Begleitausschuss des Programms „STÄRKEN vor Ort“ benennen. Es handle sich jedoch nur um die Untergruppe des Begleitausschusses. Um die Gruppe nicht zu groß werden zu lassen, sollte überparteilich ein Vertreter des Sozialausschusses benannt werden.

Der Ausschuss einigt sich darauf, Herrn Dr. Greilich als Vertreter zu benennen.

- **Stv. Bietz** erkundigt sich bei Oberbürgermeister Haumann, ob er eine Möglichkeit sehe, das Geld, das die Stadt durch den Streik der Erzieherinnen eingespart habe, den betroffenen Kitas direkt zukommen zu lassen.

Oberbürgermeister Haumann erklärt, er sehe keine Möglichkeit. Wenn man so verfahren würde, könne man dies als Aufforderung zum Streik werten, da man die Kitas der Streikenden „belohne“. Außerdem werden durch die anstehende Tarifierhöhung enorme Mehrkosten auf die Stadt zukommen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DER VORSITZENDE:

(gez.) Dr. Greilich

DIE SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) Benz